Internationaler Versöhnungsbund
seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg

Versöhnung

Rundbrief 2/2021

Digitale Jahrestagung 2021

Außerdem:
- Klimakiller Militär
- Bericht über die aktuelle Lage auf der Insel Lesvos
- Berichte der digitalen Jahrestagung 2021

Einzelheft 2€

Inhaltsverzeichnis

Editorial 3
Kommt zur Menschenkette:“ Atombomben weg – Verbotsvertrag beitreten!“ 4
Klimakiller Militär 6
NATO und China auf Konfrontationskurs – und Deutschland mit dabei 6
Sophia Bohrloch erzählt aus ihrer Arbeit mit Geflüchteten 10
Menschenverachtende Vorgänge im Rhein-Sieg-Kreis 13
Büchel, Ostermarsch, Prozesse, Atomwaffen 15
Berichte Jahrestagung 2021 – „Klimagerechtigkeit jetzt! – aktiv – gewaltfrei – revolutionär“ 16
Jenseits von Corona und Lock-Down – da treffen wir uns! 22
Termine 23

Kriegsdienstverweigerer.
Unsere Geschichten

Persönliche Erfahrungsberichte von Kriegsdienstverweigerern in der Bundesrepublik bis Mitte der achtziger Jahre – ein Projekt des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Auf der Website www.kriegsdienstverweigerer-geschichten.de soll sichtbar gemacht werden, welchen Schwierigkeiten und Schikanen wehrpflichtige junge Männer insbesondere bis 1983 ausgesetzt waren, wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland den Kriegsdienst verweigern wollten.

Wir laden Betroffene dazu ein, uns Berichte über eigene biografische Erfahrungen im Zusammenhang mit der eigenen Kriegsdienstverweigerung zukommen zu lassen.

Katrin Warnatzsch + Michael Schmid, *www.lebenshaus-alb.de*

Impressum

Versöhnung. Rundbrief 2/2021
Herausgeber: Versöhnungsbund e.V.
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
T 0571-850875
F 0571-8292387
E vb@versoehnungsbund.de
I www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Rudolf Mehl, Maxi Matzanke, Berthold Keunecke, Daniela Pastoors, Dagmar Schulte, Dietlinde Haug
Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
15.08.2021

Referat für Friedensfragen:
Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a, 85354 Freising
E C.Ronnefeldt@t-online.de
T 08161-547015
F 08161-547016

Marion Küpker
Beckstr. 14, 20357 Hamburg
E mariongaaa@gmx.de
T 0172/ 7713266

Spendenkonto:
Versöhnungsbund e.V.
GLS Bank
IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00
BIC: GENODEM1GLS

Druck und Versand:
Knotenpunkt Offsetdruck GmbH, Buch/ Hunsrück

Das Heft ist gedruckt auf Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Umweltzeichen Blauer Engel.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„Klimagerechtigkeit jetzt!“ lautet das Motto der diesjährigen Jahrestagung unseres Verbandes. Pandemie bedingt fand die Tagung im Mai leider nur online statt. Unser Präsident, Ullrich Hahn, eröffnete und stellte seine Thesen zum Thema vor. Ernüchternd stellte Christiane Lohse in ihrem Einstiegsreferat fest, dass die Bundesregierung zwar tolle Konzepte zur Eindämmung des Klimawandels erarbeiten ließ, sie aber leider nicht umsetze!

Marion Küpker organisiert zusammen mit Beate Körsgen am Sonntag, den 5. September, also kurz vor den Bundestagswahlen, eine Menschenkette in Büchel zur Abschaffung der dort lagernden Atomwaffen.

In der Rubrik „Giraffenpost“ macht sich Julia Lang ihre Gedanken zur Corona-Zeit.

Wer beispielsweise vor Krieg oder Umweltzerstörung fliehen muss, hat schlechte Karten. Sophia Bohrloch berichtet über ihre furchtbaren Eindrücke im Geflüchtetenlager Moria 2 in Griechenland. Und wer es tatsächlich bis nach Deutschland geschafft hat, soll meist hier nicht bleiben dürfen. Über eine besonders menschenverachtende Abschiebung dazu ein passender Beitrag.

Clemens Ronnefeldt beschäftigt sich mit dem jüngsten Nato-Gipfel und dem Verhältnis der Nato zu China.

Wie immer haben wir zu wenig Platz, alle Beiträge zur gerade vergangenen Jahrestagung in der direkt darauf folgenden Ausgabe abzudrucken. Wer noch etwas dazu schreiben möchte, möge das gerne tun! Wir wollen das Geschriebene – wenn möglich – dann in der nächsten Ausgabe veröffentlichen.

Hanno Paul hat eine kleine Gesamtübersicht gegeben: https://www.versoehnungsbund.de/aktiv/jt21-bericht. Dort sind Beiträge und auch Streaming-Aufzeichnungen zu finden.

Auch ist unser Rundbrief als PDF in Farbe unter https://www.versoehnungsbund.de/publik/versoehnung jederzeit abrufbar. Dies hat noch einen weiteren Vorteil: Dort können dann auch entsprechende Links zu Petitionen, weiteren Infos etc. direkt online angeklickt werden.

Bitte beachtet auch die Terminhinweise und nehmt – wenn möglich – an den entsprechenden Aktionen teil.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht stellvertretend für das Redaktionsteam

Dagmar Schulte

Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.

ZFD-Ausstellung in neuem Design

Der Zivile Friedensdienst hat seine Ausstellung zu Gewaltprävention und Friedensförderung aktualisiert und mit neuem Layout versehen: 17 Ausstellungstafeln, wie dieses deutsche Programm in Krisen- und Konfliktregionen rund um die Welt arbeitet.

Informationen zur Ausleihe und Bestellung finden sich unter:

www.ziviler-friedensdienst.org/ausstellung-wir-scheuen-keine-konflikte

Kommt zur Menschenkette:“ Atombomben weg – Verbotsvertrag beitreten!“

Aufruf an alle Versöhnungsbund-Mitglieder

Für Sonntag, den 5. September, organisiert die bundesweite Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt, genau drei Wochen vor der Bundestagswahl (der 26. September), eine Menschenkette. Sie verläuft 3,7 km auf dem Fahrradweg entlang des Fliegerhorstes Büchel/ Eifel, der 16 km entfernt von der Moselstadt Cochem liegt. Der Versöhnungsbund hat einen eigenen Streckenabschnitt von 100 Metern übernommen, den wir gemeinsam mit Euch kreativ besetzen wollen. Unser Mainzer VB-Mitglied Beate Körsgen und ich (Marion Küpker) arbeiten aktiv an der Umsetzung der Menschenkette in der Arbeitsgruppe „AG Büchel“ mit. Bitte tätigt Eure Anmeldungen für den VB-Absschnitt bei Beate <info@shiatsu-mainz.de>, oder ruft mich an, falls Du/Ihr kein Internet besitzt: 0172 771 32 66. Tragt Euch möglichst auch auf der unten genannten Webseite des Netzwerkes Friedenskooperative ein. So erreichen Euch alle weiteren Informationen. Beate organisiert zudem einen Reisebus, der am 5. September von Mainz aus nach Büchel fahren wird, was eine schönes Angebot für Menschen ohne (und mit) Auto ist. Von anderen befreundeten Friedensorganisationen, z.B. der DFG-VK, gibt es Busse aus Dortmund, Düsseldorf, Köln, Bremen, München, Hunsrück & Bad Kreuznach etc., sodass auch dort mitgefahren werden kann.

Deshalb wollen wir eine Menschenkette

Bis heute (15. Juni) haben bereits 54 Staaten den völkerrechtlich seit Januar gültigen Atomwaffen-Verbotsvertrag ratifiziert und 34 weitere Staaten haben ihn schon unterzeichnet. Zum jetzigen Zeitpunkt hat aber kein einziger Atomwaffenstaat und auch kein einziges NATO-Mitgliedsland diesen Verbotsvertrag unterzeichnet. Ganz im Gegenteil: Die Bundesregierung läßt aktuell die Atomwaffen-Infrastruktur auf dem Fliegerhorst Büchel für 259 Millionen Euro ausbauen, damit dort in den Jahren 2022-24 neue US-Atombomben (Typ 61-12) mit neuen Kampfflugzeugen stationiert werden können. Das kostet weitere viele Milliarden Euro, die wir besser für die Rettung des Klimas benötigen und ausgeben sollten! Unsere Regierung muss sich an das Völkerrecht halten.

Wir fordern von unserer kommenden Regierung eine sofortige Absage zu dieser geplanten nuklearen Aufrüstung und den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffen-Verbotsvertrag. Mit der Menschenkette wollen wir hierfür wenige Wochen vor der Bundestagswahl ein deutliches Zeichen aus der Zivilbevölkerung setzen!

Was kann ich dafür tun?! (Menschenkette = Mk)

Für die **Mk**-Umsetzung brauchen wir die Zusage vieler Friedens- und Umweltgruppen zur Übernahme von Teilstrecken, z.B. über 20 m, 50 m, 100 m, sodass es dann Zuteilungen für markierte Gruppenbereiche geben kann. Der Streckenverlauf ist ca. 3,7 km lang. Er beginnt im Ortskern Büchel gegenüber der Kirche und führt zum Bücheler Gewerbegebiet. Der Gehweg mündet auf den Fahrradweg (linke Seite), der zwischen der Bundesstraße 259 (von Büchel in Richtung Ulmen) verläuft und direkt am Haupttor des Atomwaffen-Stützpunktes, am „Fliegerhorst Büchel“, endet. Am Haupttor wird auch unsere Kundgebungsbühne stehen.

Die **Mk**-Teilabschnitte des Fahrradweges werden bereits vor Beginn der **Mk** von unserem Orgateam mit nummerierten Fähnchen und Kreide markiert und den Gruppen bekanntgegeben. Die Streckenabschnitte werden rechtzeitig in einer Karte eingezeichnet. Dadurch wissen Teilnehmende bereits im Vorfeld, ob der angestrebte Platzabschnitt am kürzesten von Büchel aus oder auf der Hälfte der Strecke (über die Zufahrten der einzigen Brücke über die Bundesstr.) oder am Abschnittsende, am Haupttor des „Fliegerhorstes Büchel“, zu erreichen ist. Damit sollte auch der entfernteste **Mk**-Punkt innerhalb von 20 Minuten erreichbar sein. An allen vier Haltepunkten wird es jeweils Ordner*Innen und auch rollstuhlgerechte Miettoiletten geben (Haupttor, Auffahrt Brücke, Gewerbegebiet und Kirche).

Streckenverlauf der Mk am Atomwaffen-Stützpunkt der Bundeswehr „Fliegerhorst Büchel“

Die Bundesstraße ist weitestgehend der einzige Abschnitt des Militär-Stützpunktes, an dem die Menschenkette sichtbar für die vorbeifahrenden Autos ist. Der Fahrradweg verläuft für die Außenwahrnehmung unserer Transparente optimal. Bei der Menschenkette helfen viele Transparente und unsere Menschenketten-Bänder u. U. nötige Abstände einzuhalten. Wir brauchen von jeder Gruppe/Organisation mindestens eine zu benennende verantwortliche Person, sowie - je nach Auflage – eine entsprechende Zahl an Ordner*Innen.

Da wir zwischen 1500 und 2000 Menschen erwarten, wissen wir zum derzeitigen Moment noch nicht, welche Auflagen die Ordnungsbehörde an unsere Planung stellt. Wir werden sicher auch Shuttlebusse einrichten und bitten Euch, soweit jetzt schon möglich, uns mitzuteilen, wie ihr gedenkt anzureisen: öffentliche Verkehrsmittel, PKW, Privatbusse, und fragt, wo ihr Hilfestellung braucht!

Menschenkette unter Corona-Bedingungen

Wir hoffen, dass im Sommer das Infektionsrisiko weiter so niedrig ist. Im Freien, sowie unter Sonnen- UV-Licht soll das Risiko vernachlässigbar sein. Einige mehr werden bis September geimpft sein. Es gibt die Überlegung, bei höheren Zahlen mit Schnelltests Bus-Anreisen realisieren zu können.

Wir bitten auch um die Anmeldung von Einzelpersonen, die sich einer Gruppe auf unserer Internetseite - nach Absprache – anschließen können.

BITTE MELDET EUCH AN:

Infos mit Anmeldebutton auf den Webseiten: *www.atomwaffenfrei.de* sowie *www.buechel-atombombenfrei.de* oder direkt *www.friedenskooperative.de/anmeldung-menschenkette*

per Email: *info@atomwaffenfrei.jetzt* oder mobil: 0172-771 32 66

Geplanter Ablauf:

Start 100 Sekunden vor 12 Uhr (aktueller Stand der „Weltuntergangsuhr“)

13:00 Uhr Schließen der Menschenkette (15 min.)

14:30 Uhr Abschluss-Kundgebung am Haupttor mit internationaler Beteiligung

16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Büchel ist Auftakt des europäischen Aktionsmonats von *Nuke Free Europe*:

Beginn der Friedensfahrradtour von Büchel über Volkel (NL) nach Kleine Brogel (B)

Die genannte nukleare Aufrüstung geschieht an allen europäischen Standorten, die der nuklearen Teilhabe der NATO angehören. Das europäische Netzwerk *Nuke Free Europe* informiert über die Aktionen im Aktionsmonat September: *www.nukefreeeurope.eu*. Seine/ihre Friedensradfahrt 2021 beginnt direkt in Büchel im Anschluss an die Menschenkette und zielt auf die länderübergreifende Vernetzung. Über 1000 km verläuft die Streckte, die vom 5. bis 26. September die Atomwaffenstützpunkte Büchel mit Volkel (Niederlande) und Kleine Brogel (Belgien) verbindet. Die längste Tagesstrecke beläuft sich dabei auf 85 km.

Bei Interesse meldet Euch bitte hier an: *register@bikeforpeace.net*.

Die Zivilbevölkerung ist gegen Atomwaffen

Unsere Forderung an unsere Regierung, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten soll, unterstützen bereits 714 BürgermeisterInnen für den Frieden (Mayors for Peace), 623 Landtags-, Bundestags- und Europa-Abgeordnete, sowie über 115 Städte, die dem ICAN-Städteappell beigetreten sind. Wir stehen für den Willen von ca. 90 % der Zivilbevölkerung, die laut Umfragen den Abzug der US-Atomwaffen und ein atomwaffenfreies Deutschland wünscht. Auch spricht sie sich für den Beitritt Deutschlands zum Verbotsvertrag aus. Dieser Vertrag würde Deutschland in absehbarer Zeit atomwaffenfrei machen. Mit der Menschenkette wollen wir ein starkes Signal an die kommende Regierung senden. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland dem Atomwaffen-Verbotsvertrag beitritt!

Wir rufen dazu auf, die Haltung der Parteien zu einem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag in die eigene Wahlentscheidung einzubeziehen.

Organisieren kostet Geld

Spendet bitte auf das Konto unserer bundesweiten Kampagne:

Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt auf das Sonderkonto beim:

Förderverein Frieden e.V., DE78 4306 0967 4041 8604 04, Stichwort: „Büchel-Menschenkette“

Marion Küpker, Sprecherin der Kampagne, Friedensreferentin im Versöhnungsbund zu Atomwaffen und Internationale Koordinatorin der DFG-VK für die Abschaffung von Atomwaffen

Klimakiller Militär

Zum Thema der Jahrestagung passt die Erinnerung an eine Sendung der Reihe „Friedensfragen mit Clemens Ronnefeldt“ vom 4.3.2020.

Einer der Hauptverursacher für die Verschärfung der Klimafrage ist das weltweite Militär.

Allein das US-Militär ist für ca. 5 Prozent aller weltweiten CO-2-Emissionen verantwortlich – und damit für mehr als alle Länder Afrikas zusammen.

Ein Leopard-II-Panzer der Bundeswehr benötigt auf einer Strecke von 100 Kilometern rund 530 Liter Diesel. Kampfflugzeuge der Bundeswehr und Kriegsschiffe der Marine tragen in erheblichem Maße zur negativen Klimabilanz Deutschlands bei.

Im Jahre 2018 wurden nach Angaben der Bundesregierung von mobilen Systemen der Bundeswehr rund 670 000 Tonnen CO-2 produziert.

Angaben über die bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr verursachten CO-2-Ausstöße macht die Bundesregierung derzeit nicht.

In den Klimaschutzberichten der Bundesregierung für die Jahre 2017 und 2018 steht der Satz: „Die Emissionen der militärisch genutzten Fahrzeuge bleiben … unberücksichtigt“.

Der wochenlange Moorbrand bei Meppen im Jahre 2018, ausgelöst durch eine Übung der Bundeswehr, erzeugte allein ca. 1,4 Millionen Tonnen CO-2.

Klimaschutz braucht vor diesem Hintergrund massive Abrüstungsbemühungen und eine Ende von Größmanövern wie „Defender 2020“, die zudem noch Spannungen anheizen statt zur Deeskalation beizutragen.

Umfangreiche Informationen zum Thema Umwelt und Militär gibt es auf der Homepage des **„Informationsdienst Umwelt und Militär“**:

https://umwelt-militär.info/?Aktuelles/Materialien

Wäre das Militär ein Land, wäre es der sechstgrößte Klimaschädling der Welt.

NATO und China auf Konfrontationskurs – und Deutschland mit dabei

von Clemens Ronnefeldt

Die NATO – insbesondere deren Führungsmacht USA – und China gehen immer stärker auf Konfrontationskurs – und die Bundesregierung eskaliert mit. Im August 2021 wird die deutsche Fregatte „Bayern“ im „Indopazifik“ – das Meeresgebiet, das den Pazifik und den indischen Ozean verbindet – an der Seite ihrer Verbündeten Flagge zeigen, wodurch auch die deutsche Politik in den Strudel der Auseinandersetzungen insbesondere zwischen den USA und China hineingezogen werden wird. Die Bundesregierung riskiert dabei aus Gründen der Bündnistreue und wegen eigener Machtinteressen eine Eskalation mit ungewissem Ausgang.

Deutsche Stimmen zur Militarisierung der Außenpolitik gegenüber China

Die Bundesregierung hat im September 2020 in ihren Leitlinien zum Indopazifik formuliert: „Mehr als 90 Prozent des weltweiten Außenhandels werden auf dem Seeweg abgewickelt, davon ein Großteil über den Indischen und Pazifischen Ozean“. Und: „Eine Beeinträchtigung dieser Seehandelswege und damit der Lieferketten von und nach Europa hätte gravierende Folgen für Wohlstand und Versorgung unserer Bevölkerung“.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hatte bei ihrer ersten Grundsatzrede vor Studierenden der Universität der Bundeswehr in München die Ansicht vertreten, Deutschlands Partner im indopazifischen Raum – Australien, Japan, Südkorea, Indien – „fühlten sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt“ und wünschten sich „ein klares Zeichen der Solidarität“. Es sei daher an der Zeit, dass „wir mit unseren Verbündeten Präsenz in der Region zeigen“. Ab August 2021 wird diese Präsenz Realität.

Der ehemaligen Leiter der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp, hat seine Forderung nach einem größeren Militärengagement der NATO in Ostasien so beschrieben:

„Will die NATO nicht einen großen Teil ihrer Existenzberechtigung verlieren, wird sie ihre geografische Orientierung ebenfalls deutlich ändern und ausweiten müssen. (…) Eine Hinwendung der Nordatlantischen Allianz in Richtung Asien könnte sich in mehreren Stufen und Intensitäten gestalten. Der erste Schritt wäre, dass die NATO mehr Interesse an der Region zeigen und auch als Allianz die Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum zur Kenntnis nehmen würde. (…)

Ein zweiter Schritt würde eine deutlich größere Bereitschaft Europas zu einer fairen Lastenteilung mit den USA hinsichtlich Asien erfordern. (…)

Langfristig werden die großen europäischen Staaten allerdings, sofern sich der chinesisch-amerikanische Bilateralismus realisiert, nicht umhinkommen, in einem dritten Schritt ihrerseits Fähigkeiten zur weitreichenden Machtprojektion vor allem im maritimen Bereich aufzubauen. Das gilt nicht nur aus der Perspektive der NATO, sondern auch aus der Sicht der EU, wenn diese ihrem eigenen Anspruch des ‚global Player' gerecht werden will."[1]

Wer bedroht wessen Hegemonie?

Am 14. Juni 2021 fand in Brüssel das Nato-Gipfeltreffen der jeweiligen Staats- und Regierungschefs statt. Im Zentrum der Abschlusserklärung stand die Konkurrenz zu Russland und China. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bilanzierte: „Die Nato ist eine Allianz von Europa und Nordamerika, aber wir müssen uns an ein globales Sicherheitsumfeld, das immer kompetitiver wird, anpassen. Wir befinden uns in einem Zeitalter des globalen Systemwettbe¬werbs." Der ehemalige deutsche Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, hat sein dualistisches Weltbild des Kampfes des „guten" Westens gegen das „böse" China so beschrieben:

„Noch wichtiger ist allerdings, dass sich ein Wettstreit zwischen mindestens zwei Weltordnungsmodellen abzeichnet: Da ist einerseits das westliche Modell einer regelbasierten demokratischen Ordnung, in der die Macht der Gesetze die Macht der Mächtigen einhegt und in welcher der Einzelne jenen Schutz genießt, der in der Erklärung der Menschenrechte verankert ist. Und da ist andererseits das chinesische Modell, das Präsident Xi Jingpin auf dem letzten Parteikongress als das neue Modell der Weltordnung anpries. (...) Diese beiden Modelle werden miteinander konkurrieren, weil sie aus einem einfachen Grund nicht miteinander in Einklang gebracht werden können: Das westliche Modell verspricht individuelle Freiheit, das chinesische Modell tut dies nicht. Daher steht die Welt am Rande eines neuen globalen Wettstreits, der in erster Linie in Asien stattfinden wird."[2]

Admiral a. D. James G. Stavridis, ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber, beschreibt in seinem neuen Roman einen Krieg zwischen den USA und China innerhalb der nächsten zehn Jahre. Konflikte um Taiwan oder um Inseln im Süd- und im Ostchinesischen Meer könnten dabei seiner Ansicht nach Kriegsauslöser sein.

Auch Frankreich eskaliert mit

Neben Deutschland zeigt vor allem Frankreich an der Seite der USA im „Indopazifik" Flagge: 7000 französische Soldaten wurden in Asien und Ozeanien dauerhaft stationiert, dazu 15 Kriegsschiffe und 38 Flugzeuge.

Gemeinsam mit den USA, Australien, Japan und Indien beteiligte sich Frankreich in erheblichem Maße an gemeinsamen Indopazifik-Manövern - um damit Signale an China und dessen Hegemonialabsichten zu senden. China beansprucht große rohstoffreiche Gebiete im südchinesischen Meer, auf die auch andere Anrainerstaaten Ansprüche erheben [3].

Chinas Interessen

Seit Februar 2021 kann die chinesische Küstenwache nach der Verabschiedung eines neuen Gesetzes offensiv gegen Schiffe anderer Nationen vorgehen – und tut dies auch. Gefährliche Zwischenfälle mit japanischen, philippinischen und vietnamesischen Schiffen häufen sich.

Während China die Insel Taiwan als eine chinesische Provinz ansieht, wollen viele Menschen in Taiwan die Unabhängigkeit von China. Die chinesische Luftwaffe überfliegt

[1] zitiert nach: *Jürgen Wagner, NATO-Agenda 20130 – Gipfel der Systemkonkurrenz: https://www.imi-online.de/2021/06/15/nato-agenda-2030/*
[2] *https://www.imi-online.de/2021/06/15/nato-agenda-2030/*
[3] siehe dazu: Martine Bulard, „Kommt eine pazifische Nato?" in: Le Monde Diplomatique, Juni 2021.

tausendfach die Straße von Taiwan und verletzt dabei die offiziellen See- und Luftraumgrenzen.

Mit dem Projekt „neue Seidenstraße“ setzt China vor allem auf eine gewaltige Ausdehnung seines wirtschaftlichen Einflusses, ebenso durch weltweite Kreditvergaben und die Durchführung von großen Infrastrukturmaßnahmen wie Brücken- oder Eisenbahnbauten in Europa und Afrika.

US-Interessen

Auch die US-Luftwaffe verletzt permanent See- und Luftraumgrenzen im „Indo-Pazifik“ und hat 150 Kilometer vor der chinesischen Küste auf den Penghu-Inseln ein mobiles Radarsystem installiert, das dem Schutz Taiwans dienen soll – aber auch nach China hineinreicht. Die Trump-Regierung wollte auf den Palau-Inseln einen neuen US-Militärstützpunkt errichten – von denen es in der Region schon jetzt mehrere hundert mit großer Personalstärke gibt: Auf Guam (6 000 US-Soldat*innen) in Japan (55 000), in Südkorea (28 500), auf Hawaii (42 000). Während US-Regierungen selbst als Hegemon im Indopazifik seit Jahrzehnten auftreten, wirft die aktuelle US-Regierung und die NATO der chinesischen Führung hegemoniale Absichten vor. Donald Trump gelang es, eine informelle Militärkoalition in der Region mit Indien, Japan, Australien und den USA zu formen – weil, wie im US-Verteidigungshaushalt für 2019 zu lesen, „die oberste Priorität der Vereinigten Staaten (ist), dem

Quelle: Wikimedia Commons: China on the globe

Einfluss Chinas entgegen zu wirken“.

Der schlimmste Fall aus Sicht der USA und der NATO insgesamt wäre, wenn sich das rohstoffreiche Russland und China als stärkste Wirtschaftsmacht der Welt in den nächsten Jahren enger zusammen schließen würden. Daher werden vermutlich seitens der NATO Anstrengungen unternommen werden, genau dies zu verhindern

China in Bündnis-Koalitionen

China ist schon seit Jahren in informellen Bündnissen: dem BRICS-Verbund (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ, englisch: SCO) mit China, Russland, Indien, Pakistan und Sitz in Peking.

Das weltweit größte Freihandelsabkommen, die Regionale, umfassende Wirtschaftspartnerschaft „RCEP“ wurde zwischen den Asean-Staaten, Südkorea, Japan und China geschlossen. Vielfach übersehen derzeit NATO-Repräsentanten, dass China von vielen Staaten der Region nicht nur als „Bedrohung“, sondern auch als Handelspartner gesehen wird.

Akzeptanz einer multipolaren Weltordnung

Wenn die NATO, insbesondere die US-Regierung, nicht akzeptiert, dass die Welt längst eine multipolare geworden ist, die nicht mehr von der einzigen Supermacht USA dominiert wird, werden die nächsten Jahre von großen internationalen Spannungen geprägt sein.

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich kritisierte CDU-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer nach ihrer bereits erwähnten Grundsatzrede in München, einen Paradigmenwechsel voranzutreiben: „Ihre Idee eines deutschen Engagements im Indopazifik erinnere ihn an das wilhelminische Weltbild eines ‚Platzes an der Sonne‘“, sagte er – und ergänzte: „Wenn die Verteidigungsministerin einer militärischen Eindämmungsstrategie gegen China das Wort redet, geht mir das entschieden zu weit“ (zitiert nach SZ, 4.3.2021). Die deutsche Suche nach diesem „Platz an der Sonne“ endete im ersten Weltkrieg mit knapp zehn Millionen toter Soldaten, rund ebenso vielen getöteten Zivilisten und 21 Millionen Verletzten insgesamt.

Hoffentlich setzen Gewerkschaften, Kirchen, Friedensorganisationen und andere Akteure dem neuerlichen deutschen Großmachtstreben rechtzeitig und mit großer Klarheit Grenzen – bevor es zu spät ist.

Kampagne „Sicherheit neu denken“

Aus der Initiative der Evangelischen Landeskirche in Baden ist inzwischen ein breites Bündnis geworden. Eine eigene Internetseite www.sicherheit-neudenken.de informiert umfassend über die Vision, verschiedene Inhalte, Argumente und aktuelle Unterstützer*innen und lädt zum Mitmachen ein.

Sicherheit neu denken

Es machen bereits Menschen aus dem Versöhnungsbund mit, der VB als Organisation ist bisher nicht dabei.

Wir wollen nun im Verband verschiedene Räume zur inhaltlichen Diskussion über die Kampagne eröffnen: Hier im Rundbrief und in den kommenden Ausgaben, in leibhaftiger Begegnung am 17.10., mit einer AG bei der nächsten Jahrestagung und bei einem Talk am Sonntag (wenn jemand einen Impuls dazu einbringen mag, gerne melden!). Wir laden Euch ein, Euch an dieser Diskussion zu beteiligen. Im Folgenden legt Ullrich Hahn seine Bedenken dar, in der nächsten Ausgabe wird Bethold Keunecke darauf erwidern.

Weitere Diskussionsbeiträge sind willkommen – am einfachsten an redaktion@versoehnungsbund.de schreiben.

Ullrich Hahn: Ich habe Bedenken gegen die Teilnahme an der oben genannten Kampagne.

Ich kenne die Kampagne seit ihrem Beginn. Viele aktive Teilnehmer sind Mitglied beim Versöhnungsbund; mit einigen bin ich befreundet.

Ich finde das Motto gut und unterstützenswert, ebenso die Breite der angestrebten neuen Sicherheitspolitik mit ihren verschiedenen Säulen.

Wie mir einige Befürworter berichten, kommen durch diese Kampagne Menschen wieder ins Gespräch mit dem Thema, die vorher passiv gewesen sind.

Die Unvereinbarkeit liegt für mich in dem mit der Kampagne verbundenen Zeitplan.

Ich kann diesen Zeitplan nicht anders verstehen als eine Legitimation für die Bundeswehr und jegliches Militär für die nächsten 20 Jahre.

Wo es um ein schweres menschliches Unrecht geht, gilt immer das „jetzt“, ganz unabhängig von der Tatsache, dass alle Veränderungen ihre Zeit brauchen, manchmal eine fast unerträglich lange Zeit.

Von vornherein aber einen Zeitplan aufzustellen, ohne deutlich zu machen, dass die Bundeswehr schon heute ersatzlos abgeschafft werden müsste, weil sie zum einen mit ihrem Waffenpotential ein höchst gefährliches Instrument ist mit der dauernden Todesdrohung für andere Menschen, zum anderen auch sachlich und logisch ohne Schaden für die Menschheit und die Bundesrepublik sofort in den Ruhestand verabschiedet werden könnte.

Es gibt für mich keinen einzigen Rechtfertigungsgrund für die Existenz dieser Institution.

Bei allen schweren Menschheitsverbrechen wie Leibeigenschaft und Sklaverei, Folter, Hexenverbrennung, Rassismus, Unterdrückung der Frauen etc. haben die Opfer und Gegner dieser Unrechtszustände immer vom ersten Tag ihrer Erkenntnis an, die Umkehr „jetzt“ gefordert, auch wenn die Leibeigenschaft bis zu ihrer endgültigen rechtlichen Aufhebung 800 Jahre Bestand hatte, die anderen Formen der Unterdrückung und Gewalt nicht sehr viel weniger.

Niemand, der die Schrecken der Folter erkannt hatte, wäre auf die Idee eines Zeitplanes gekommen.

Zeitpläne aufzustellen bedeutet, entweder das vorhandene Unrecht nicht für so schwerwiegend zu halten, dass man es nicht noch einige Jahrzehnte hinnehmen könnte oder erst bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssten, um es abstellen zu dürfen.

Wo es aber um wirkliches Unrecht geht und nicht nur um eine wünschenswerte Änderung von Lebensbedingungen, ist dieses Unrecht immer bedingungslos zu unterlassen. Es lässt sich dann auch nicht darüber verhandeln, ob man die eigene Beteiligung daran erst dann unterlässt, wenn es alle anderen auch tun oder wenn bestimmte Mehrheiten für eine Änderung erreicht sind.

Völlig unverständlich ist mir in der Kampagne auch die Vorstellung, man solle durchaus als „ziviles Mitglied“ in der NATO bleiben.

Die NATO ist ein Kriegsbündnis. 3 ihrer Mitglieder sind im Besitz von Atomwaffen, mit denen die ganze Menschheit ausgelöscht werden kann.

Der Einsatz dieser Waffen wird in diesem Bündnis auch nicht ausgeschlossen.

Nach strafrechtlichen Kriterien kann sich das Mitglied einer Bande, die zu Verbrechen bereit ist, nicht aus seiner Mitverantwortung stehlen mit dem Hinweis, man sei nur ein „ziviles Mitglied“ gewesen.

Die aufgestellte Zeitschiene ist für mich nicht nur Ausdruck einer Verharmlosung der Zwischenzeit, sondern darüber hinaus leider auch eine Illusion.

Wesentliche Veränderungen in der Geschichte geschahen und geschehen immer noch unerwartet sowohl zum Schlechten wie auch zum Guten hin.

Andererseits würde aber auch bei einer durchgeplanten Abrüstung bis 2040 die Geschichte nicht zu Ende sein. Die Baupläne der Waffen bis hin zu den Atomwaffen, werden nicht vergessen und der Griff zur Gewalt und militärgestützter Macht bleibt eine ständige Versuchung. Es gibt leider keine „Abrüstung ein- für allemal“. Jede Generation wird neu gegen den Krieg und für Erhaltung oder Erringung eines gerechten Friedens kämpfen müssen.

Es droht die ernsthafte Gefahr einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung

Sophia Bohrloch erzählt aus ihrer Arbeit mit Geflüchteten

Im September letzten Jahres brannte das größte Geflüchtetenlager in Europa, mit zeitweise 20.000 Einwohner*innen auf Insel Lesvos, komplett nieder. Daraus resultierte Obdachlosigkeit der Menschen des Camps, zahlreiche Demonstrationen von Betroffenen auf Lesvos, und europaweite Solidaritätsbekundungen aus der Zivilbevölkerung. Sicherlich – einige hatten die Hoffnung, dass sich etwas ändert. Dass die Lager evakuiert werden, die Menschen ENDLICH in Europa menschenwürdig untergebracht werden. Ich habe das zumindest gedacht, ich habe es gehofft.

Was tatsächlich passierte: Nach tagelangem Nichts-passieren ließ sich der Großteil der Menschen aus dem Camp – die zum wiederholten Male alles verloren haben, erneut flüchten und um ihr Leben bangen mussten – auf einer großen Zufahrtsstraße zum Stadtzentrum nieder und versuchten, dort zu überleben. Aus rein praktischen Überlegungen heraus heißt es, wurde das Übergangscamp direkt neben der besagten Zufahrtsstraße errichtet. Weil die Menschen ohnehin direkt dort leben würden. Dieser Übergang besteht nun schon seit September, geschaffen werden sollen neue geschlossene Strukturen, was auch immer das bedeuten soll. Bisher gibt es dafür noch keinen Ort, da sich die Gemeinderäte nicht einig werden, wo das Moria 3.0 gebaut werden soll.

Quelle: Tessa Kraan

Bis dahin besteht das Übergangslager weiter, ohne Wohncontainer, sondern nur aus Zelten bestehend, auf schlammigen Untergrund – eine Militärzone, die mit Blei belastet ist. Bis vor vier Wochen gab es nicht einmal warme Duschmöglichkeiten, dann hat eine Nichtregierungsorganisation es irgendwie geschafft, ein paar wenige Duschen aufzustellen. Gespendet, aber weggeschlossen, gibt es elektrische Heizungen für jedes Zelt. Diese können aber nicht ausgegeben werden, da die wenigen schwachen Generatoren des Camps die Stromversorgung nicht leisten können. Strom gibt es daher nur für wenige Stunden im Camp.

*Quelle: Fotograf*in anonym*

Griechenlands Regierung und Europa führen als Ausrede an, die Lebensbedingungen im Camp nicht zu verbessern, weil es ja nur eine Übergangslösung ist. Ein ziemlich lange Übergangslösung, finde ich, seit nun schon einem halben Jahr und wahrscheinlich noch weitere 6 Monate.

Moria 2.0 liegt auf einer Landzunge. Von drei Seiten vom Meer und an der vierten Seite von zwei Reihen hoher Stacheldrahtzäune umschlossen. Zelte flattern überall im Wind, der Wind bläst ungehindert auf dieser Landzunge am Meer. Der griechische Winter ist oft von Stürmen und Regen geprägt, einige Zelte stehen nur drei Meter vom Meer entfernt. Häufig frage ich mich, ob diese bei hohem Wellengang nicht regelmäßig überflutet sein müssten. Nach heftigen Regenfällen wurde tatsächlich ein anderer Teil des Camps überflutet. Die Bewohner*innen dieser Zone wurden in einen höheren Teil des Lagers verlegt, während ihr Stück Land jetzt mit Schlamm und Steinen angehoben wird. Wir treten regelmäßig beiseite, um Lastwagen mit Sand, Erde oder Kies auf ihrem Weg durch das Lager durchzulassen. Die Straße, auf der sie fahren, ist aufgrund der Spuren, die sie hinterlassen, jetzt völlig matschig geworden. Die Menschen müssen da hindurch waten, um sich fortzube-

wegen. Häufig sieht man Menschen, auch Kinder und Jugendliche, die auf dem Rücken Holzpaletten tragen, um diese unter ihre Zelte zu legen, sodass es zumindest ein bisschen mehr Schutz vor der Feuchtigkeit des schlammigen Bodens gibt.

Das alles ist nichts Neues, aber für mich besonders ergreifend und erschreckend. Denn wenn man diesen Ort selber sieht, fühlt und riecht, merkt man, dass dies im Hinterhof Europas tatsächlich real ist.

Die Arbeit in der Nacht-Klinik und meine Kolleg*innen aus dem Camp

Meine Arbeit besteht insbesondere daraus, für eine NGO, die medizinische Soforthilfe im Camp übernimmt, Patient*innen in Empfang zu nehmen und eine erste Ansprechpartnerin zu sein. Dadurch ergeben sich während der Wartezeit viele kurze Gespräche und für mich ein ziemlich deutlicher Einblick in den Camp-Alltag.

Neben den Erkältungssymptomen, die in Anbetracht der Witterung und der fehlenden Ausstattung der Zelte keine Überraschung sind, kommen viele der Menschen mit Kopfschmerzen, ein Resultat der komplexen Problemlage, in der sich die Campbewohner*innen befinden. Neben der unwürdigen Unterbringung und Verpflegung wird den Bewohner*innen jegliche Selbstbestimmung und Kontrolle über ihr Leben genommen. Alles ist fremdbestimmt – von der Grundversorgung, was es zu Essen gibt, über das eingesperrt sein, das Arbeitsverbot, bis hin zur Hygiene durch die Planung der Duschzeiten. Durch die Covid-Regeln gibt es auch keine Möglichkeit mehr, an Projekten und Sprachkursen von NGOs außerhalb des Camps teilzunehmen oder ehrenamtlich für solche zu arbeiten, was laut Gesprächen mit Betroffenen zumindest ein bisschen gegen das Gefühl der fehlenden Lebensbedeutung half. Nach Monaten des Wartens verlieren einige ihre Zukunftsperspektive, werden überrollt von Hoffnungslosigkeit. Was macht das mit der Identität der Betroffen, insbesondere, wenn sie in ihrem Herkunftsland angesehene Berufe hatten, zur wohlhabenden Gesellschaftsschicht gehörten? Was macht es mit dem Selbstbewusstsein? Dazu kommen die nicht aufgearbeiteten Erinnerungen von Gewalt, Folter, Verfolgung, Bedrohung und sonstigen lebensbedrohlichen Erfahrungen, welche die Betroffenen einholen.

Ziemlich häufig sehen wir Panikattacken in den verschiedensten Facetten. Aus ganzer Kraft anhaltend schreiende Menschen, dissoziierte Menschen, absolut nicht mehr ansprechbar.

*Quelle: Fotograf*in anonym*

Panikattacken sind eine Reaktion auf ein einschneidendes Lebensereignis oder chronisch erhöhten Stress und können auch ein Indiz für eine posttraumatische Belastungsstörung sein. Alles davon wäre psychologisch behandelbar.

Einen Abend wurde ein 17 Jähriger von seinen Freunden vorbei gebracht, er wollte das starke verschreibungspflichtige Beruhigungsmittel ‚Tavor' von uns haben. Eines von einer Reihe Medikamente, die irgendwie ins Camp gelangen und dort für zwei bis drei Euro verkauft werden. Alles Medikamente, die stark süchtig machen und an die normalerweise schwer heranzukommen ist. Der Jugendliche ist an nichts herangekommen an diesem Tag und hatte nun auf uns gehofft. Wir versuchten, ihm klar zu machen, dass er diese Sucht, sobald er nicht mehr im Camp lebt, wahrscheinlich nicht mehr bezahlen könne, dass es besser wäre, Schritt für Schritt darauf zu verzichten. Aber wohin verweisen für professionelle Unterstützung, wenn es keine (sucht) therapeutischen Einrichtungen gibt, die Asylsuchende aufnimmt und die Wartezeiten für zumindest niederschwellige psychologische und psychotherapeutische Behandlung 6 Wochen beträgt?

Aus Verzweiflung und Hilflosigkeit, die psychischen Schmerzen nicht aushalten zu können ohne das Medikament, schlug er seinen Kopf an den Zaun und griff lautstark seine Freunde an. Ähnliche Situationen beobachtete ich mehrere Male.

Ein anderer besonderer Fall, der alle intensiv beschäftigt hat, war eine Ölverbrennung eines kleinen zweijährigen Mädchens. Die Enge zwischen den Zelten verursacht häufig solche Unfälle, sie ist aus Versehen in heißes Öl getreten und hat sich die Unterseite inklusive Zehen ihres rechten Fußes komplett verbrannt. Normalerweise müsste so eine Verletzung sofort im Krankenhaus behandelt werden, mit einer schnell erfolgenden Hauttransplantation. Da die Schutzsuchenden allerdings in einer Art ‚Parallelwelt' leben müssen, was sich dadurch aus-

zeichnet, dass sie kaum bis keinen Zugang zu den örtlichen Strukturen der Insel haben (z.B. Schulen und Gesundheitsversorgung), war es auch keine allzu große Überraschung, dass die Kleine nicht behandelt wurde. Absurd und sehr ernüchternd. Anstelle eine fachärztliche Behandlung mit einem stationären Aufenthalt zu bekommen, wurde sie nun täglich zu unseren Allgemeinmediziner*innen gebracht, um Verbände zu wechseln und die Wunde zu versorgen. Was weiter mit ihr passieren wird, ist noch unklar.

Und dann war da noch die hochschwangere Frau, die sich aus Verzweiflung selber in Brand gesteckt hat und von unseren Ärzt*innen notversorgt wurde.

Die Arbeit des europäischen Ärtzt*innenteams im Camp wäre in keinster Weise möglich, wenn wir nicht die Übersetzer*innen, die selber Teil der Camp-Community sind, mit im Team hätten. Die Stärke und Resilienz beeindruckt mich immer wieder. Täglich für mehrere Stunden hören sie sich in ihrer Muttersprache die furchtbarsten Geschichten der Patient*innen – von sexueller Gewalt bis Selbstmordgedanken – an, laufen dabei Gefahr, selber an ihre Fluchtgeschichte erinnert zu werden, und sind trotzdem immer positiv, freundlich und aufgeschlossen gestimmt.

Wohl am stärksten beeindruckt bin ich von meiner sudanesischen Kollegin, die für unsere arabisch sprechenden Patient*innen übersetzt. Im alten Camp wohnte sie gemeinsam mit drei anderen sudanesischen Frauen in einer der „safe-zones“. Diese gibt es hier nicht, die drei Freundinnen sind auch nicht mehr da. Somit ist sie die einzige sudanesische Frau im Camp, wie sie meint. Letzte Woche bekam sie ihren positiven Asylbescheid. Sie darf in Griechenland bleiben. Was wird sie tun? Auf das Festland, als Frisörin arbeiten, vielleicht Athen. Ich bewundere sie, weil sie sich ohne Begleitung überall allein durchschlägt. Als Frau. Weil sie ihrer Angabe nach in einer Gesellschaft aufgewachsen ist, in der die Männer über die Frauen bestimmen. Dem hat sie sich immer widersetzt. Ich bewundere sie, weil sie vor Positivität strahlt, und ich bin fest davon überzeugt, dass sie sich von Niemanden unterkriegen lassen wird.

Europa

Die vielen Millionen Euro, die an Griechenland geschickt wurden, sind offenbar insbesondere in die Sicherheitsausstattung des Camps geflossen. Es gibt nun viel mehr Polizei als im alten Moria. Zwei Polizeikontrollen, bevor man überhaupt auf dem Areal des Camps ist. Fragt man die Bewohner*innen: Die meisten sind froh über die erhöhte Präsenz im Camp. Menschen würden sich dadurch sicherer fühlen. Die Angst, nachts die Toilette aufzusuchen und dabei angegriffen zu werden, ist zwar immer noch da, aber nicht mehr so sehr wie im alten Camp. Außerdem gibt es weniger Ausschreitungen und handgreifliche Konflikte. Würde man aber direkt mit der Polizei zu tun haben, würde den Menschen im Camp mit wenig Respekt und Freundlichkeit begegnet, was ich aus eigenen Beobachtungen absolut bestätigen muss.

Neben unserem Klinikcontainer wurde vor ein paar Tagen eine riesige sterile medizinisch ausgestattete Zeltanlage errichtet, für mehrere Millionen Euro. Ein Geschenk der niederländischen Regierung an die griechische Regierung, das sogenannte „Dutch hospital“. Wofür? Um das örtliche Krankenhaus zu entlasten, für Covid-Fälle. Nun gibt es diese im Camp kaum und unklar ist, was weiter mit der Zeltanlage passiert. Millionen Euro werden von europäischen Regierungen ausgegeben, um sich das schlechte Gewissen rein zu kaufen.

Die Frage nach Deutschland

„Ich komme aus Deutschland“ sage ich mindestens einmal pro Schicht. Die Reaktion meines Gegenübers ist meist, „Oh, Germany good for refugees! Angela Merkel, good!“ Meistens reicht das Englisch nicht aus, um zu erfragen, was sie denn genau an Deutschland so gut finden.

Ist es immer noch das Image der „barmherzigen Kanzlerin“, die 2015 maßgeblich die Aufnahme von vielen Tausend Menschen in Deutschland ermöglichte? Das ist nun schon sechs Jahre her. Sind es dann neuere Bilder und Impressionen, Handlungen und Stellungnahmen für die Evakuierung der Camps von ihr, die an mir vorbei gegangen sind?

Ich habe natürlich eine kritischere Haltung, denke an den strukturellen Rassismus, die Diskriminierung von Geflüchteten, Schwarzen und People of Color in vielen Ebenen und Situationen. Denke an das mehrmonatige Arbeitsverbot im Asylverfahren, die fehlende Selbstbestimmung in den Erstaufnahmeeinrichtungen, die Kostenübernahme für Deutschkurse nur für Menschen bestimmter Herkunftsländer, die Leistungskürzungen, wenn angeblich der „Mitwirkungspflicht“ in den Augen der Ausländerbehörden nicht nachgekommen wird, die Residenzpflicht, die Menschen im Asylverfahren verbietet, zu ihren Verwandten und Freunden umzuziehen, und die Schwierigkeit, einen Job zu finden, selbst wenn die deutsche Sprache gut gesprochen wird. Verglichen mit der Shitshow, die sich in den Camps an den EU-Außengrenzen

abspielt, sind das alles aber keine Vergleichswerte.

Alles, was ich aber sage, ist: „Well, don't loose hope, okay?" Denn auch wenn ich weiß, dass in Deutschland auch nicht alles rosarot ist, ist die Hoffnung auf bessere Lebensumstände, die Zukunft überhaupt, und dass alles irgendwann gut ausgehen und das Leben positiv weiter gehen wird, das Letzte, was ich den Fragenden nehmen möchte. Einmal wurde ich gefragt, ob Deutsche denn Geflüchtete gerne mögen. Was soll ich darauf sagen?

Drohende Obdachlosigkeit für alle Geflüchteten mit positivem Asylbescheid

Seit dem Brand haben alle Menschen ihr erstes Interview durchgeführt. Die Asylverfahren laufen, mehr und mehr Menschen bekommen eine Anerkennung und Aufenthaltserlaubnis. Zunächst eine gute Sache, allerdings eine Problemverschiebung, die bisher wenig in den Blick genommen wurde. Mit einer Aufenthaltserlaubnis für Griechenland verlieren die Betroffenen ihr Anrecht auf finanzielle Unterstützung, einen Platz im Camp und somit auch den Zugang zu sämtlichen Hilfsstrukturen ausgehend von den NGOs. Weitergedacht wird daraus eine Selektion danach erfolgen, wer von den Betroffenen aus dem Camp genügend finanzielle Ressourcen hat, sich selbst zu versorgen, und wer nicht. Wer in die letzte Kategorie fällt, läuft Gefahr, auf der Straße leben zu müssen. Einige glückliche Familien und Menschen, die als sehr Schutz bedürftig gelten, wurden vor drei Wochen als nächste Gruppe der versprochenen 1553 aufzunehmenden Geflüchteten nach Deutschland transferiert. Wer bei der Einstufung der „most vulnerabel groups" fast nie mit reinfällt, sind die vielen allein reisenden jungen Männer über 18. Diese bleiben immer zurück. Wobei diese nach Untersuchungen von NGOs, die psychologische Unterstützung für die Campbewohner*innen anbieten, diejenigen mit dem höchsten Suizid-Risiko sind.

Dennoch: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Vor einigen Wochen entschied das OVG Münster, dass flüchtende Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen und zuvor in Griechenland waren, nicht nach Griechenland zurück geschoben werden dürfen. Denn es droht „die ernsthafte Gefahr einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung". Das Oberverwaltungsgericht setzt damit jedenfalls ein klares praktisches Zeichen – endlich! Vielleicht kann das im Zusammenhang mit vielen positiven Asylentscheidungen in Griechenland ein entscheidender Anstoß sein für eine positive Veränderung die Bleibeperspektive vieler geflüchteter Menschen.

Sophia Bohrloch weist auf verschiedene Quellen für aussagekräftige Bilder und weitere Informationen hin:

Die Fotografin Tessa Kraan fotografiert auf Lesvos: *https://www.tessakraan.com*

„Now you see me Moria", ein Fotokontest unter den Geflüchteten aus dem Camp: *https://nowyouseemeemoria.eu/gallery/*

Eine selbstorganisierte Gruppe aus dem Camp:

https://www.facebook.com/MoriaCoronaAwarenessTeam

Menschenverachtende Vorgänge im Rhein-Sieg-Kreis

von Dagmar Schulte

Sowohl die Härtefallkommission als auch der Petitionsausschuss des NRW-Landtags sprachen sich für eine Aufenthaltserlaubnis einer Mutter mit ihren drei Kindern aus. Trotzdem führte die Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises, an deren Spitze Landrat Schuster steht, die Abschiebung durch.

„Am 22.04.2021 wurde Frau D. gemeinsam mit ihren drei Kindern nach Albanien abgeschoben. Die Abschiebung wurde vorgenommen, da die Familie seit 2017 ausreisepflichtig ist und der Ausreise trotz Aufforderung nicht freiwillig nachgekommen ist. Dem vorherigen Härtefallersuchen wurde nicht gefolgt, da die Integrationsperspektive der Familie leider nur sehr gering war, obwohl ihnen seitens der Ausländerbehörde während eines mehrjährigen geduldeten Aufenthaltes die Möglichkeit hierzu gegeben wurde. Die Frau hatte sich am Abend des 21.04.2021 freiwillig in die LVR-Klinik begeben, sie wurde

jedoch ärztlicherseits als reisefähig beurteilt. Da sie sich der Abschiebung widersetzte, war sie zum Selbst- und Fremdschutz an den Händen fixiert und hat einen Kopfschutz getragen.

Sie hat ein Handgeld in Höhe von 125,- € erhalten. Die Höhe des Handgeldes richtet sich nach dem Erlass des Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration vom 16.08.2019. Demnach erhalten mittelose erwachsene Ausländer im Rahmen von Abschiebungen 50,00 € und minderjährige Kinder die Hälfte. Auch der älteste Sohn musste an den Händen fixiert werden, da er handgreiflich wurde und tätlich gegen die Beamten vorging. Der begleitende Flugarzt bestätigte, dass Frau D. in Albanien ärztlich in Empfang genommen werde." Dies erklärte die Pressereferentin des Rhein-Sieg-Kreises des Landrates Schuster, Rita Lorenz, auf Anfrage von Martin Singe, Bonn.

Für die Katholische Ehe-, Familien- und Lebensberatung in Köln darf es so etwas in unserem Land nicht geben und sie meint weiter: „Kinder überfallartig noch vor dem Morgengrauen im Kinderheim aus ihren Betten heraus abzuholen und den jugendlichen Sohn in Handfesseln aus der Wohnung abzuführen, die akut behandlungsbedürftige Mutter ebenfalls in der Nacht aus dem Schutz der psychiatrischen Klinik zu reißen, das löst erneut schwere Traumata bei allen Familienmitgliedern aus und hinterlässt bei ihnen tiefe Spuren der Verletzung." Der sechzehnjährige Jugendliche sei bei Frosttemperaturen mit nacktem Oberkörper in Handschellen aus der Wohnung geholt worden. Der Diakonie zufolge haben die Mutter und ihre drei Kinder durch den schon länger wieder in Albanien lebenden Familienvater massive Gewalt erfahren und sind traumatisiert. Entsprechend haben sowohl die Härtefallkommission als auch der Petitionsausschuss des NRW-Landtags sich für eine Aufenthaltserlaubnis der Mutter mit ihren drei Kindern ausgesprochen. Dass trotzdem und auf diese Weise die Abschiebung von der Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises, die Landrat Schuster unterstellt ist, durchgeführt wurde, nennt Michaela Tegelmeier von der Diakonie „absolut unverhältnismäßige Härte". Entgegen der Darstellung des Büros von Landrat Schuster im Rhein-Sieg-Kreis habe die Frau alles versucht, sich zu integrieren: Sie besuchte einen Deutschkurs und strebte an, einen Ausbildungsplatz als Pflegehelferin zu erhalten, was allerdings, genauso wie ihr Asylantrag, abgelehnt wurde. Darüber hinaus berichtete Dorothee Bröhl, die sich im Seelsorgebereich Hennef-Ost engagiert, dass Frau D. stets die Allererste war, wenn es darum ging, Integrationsangebote anzunehmen, wie beispielsweise einen Sportkurs, und zu helfen, wenn Bedarf war. So jemanden brauche die Gesellschaft. Weiter vermissen die Freunde und Freundinnen aus der Kindergartengruppe den abgeschobenen Spielgefährten sowie die Schulkollegen und Kolleginnen ihren Mitschüler. Auch wie ein fachärztliches Gutachten mit der Feststellung „psychisch schlechte Verfassung" vom Büro des Landrates Schusters als „reisefähig" benannt wird, wirft weitere Fragen auf.

Unterstützende der Frau mit ihren drei Kindern im Seelsorgebereich Hennef-Ost haben auf change.org eine Petition gestartet einfach z.B. nach „Rhein-Sieg" suchen.

Schon eine Woche nach der Abschiebung hatten über tausend Bürgerinnen und Bürger sie unterzeichnet. Die Unterstützenden konnten auch Kontakt zur Familie in Albanien herstellen. So liege die Frau krank im Bett und alle hätten nicht genug zu Essen. (Stand Ende April 2021). Landrat Schuster sei in dieser Angelegenheit nicht zu erreichen.

Am Montag, den 17. Mai 2021, behandelte das Kreisparlament den eingebrachten Antrag, bei dem es darum ging, festzulegen, dass sich im Falle einer Bleiberechtsempfehlung seitens der Härtefallkommission und/oder des Petitionsausschusses im NRW-Landtag die Ausländerbehörde an solch eine Empfehlung in Zukunft zu halten habe. Es endete damit, dass Landrat Schuster den Antrag abwies. Der Landrat äußerte, er könne in diesem Falle nichts machen, weil die Ausländerbehörde eine Bundesbehörde sei, und er dazu kein Einspruchsrecht habe.

Auch hier bleiben Fragen offen, denn beispielsweise in Bonn ist es selbstverständlich, dass die Ausländerbehörde im Falle einer Bleiberechtsempfehlung der Härtefallkommission und/oder des Petitionsausschusses NICHT abschiebt – egal ob CDU, SPD oder die Grünen den OberbürgermeisterInnenposten besetzen.

Stattdessen musste sich eine Angehörige der abgeschobenen Familie am Morgen dieser Aktion anhören, als sie das Ausländeramt anrief um sich nach ihren Verwandten zu erkundigen, wie der Ansprechpartner des Ausländeramtes Siegburg höhnisch laut auflachte und triumphierend von sich gab: „Die ist schon in der Luft!"

Büchel, Ostermarsch, Prozesse, Atomwaffen

Marion Küpker berichtet über Tätigkeiten von April bis Anfang Juni 2021

Prozessarbeit

Genau am 1. April (kein Aprilscherz!) wurde die Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) von Stefanie A. und mir eingereicht. Dieses ist nun die 13. & 14. Verfassungsbeschwerde der knapp 50 Gerichtsverfahren von "Go-In" Aktionen, die seit 1996 in Büchel stattfanden. Bisher hat sich das Verfassungsgericht geweigert, auch nur eine der Beschwerden anzunehmen, u.a. aus dem Grund, dass es nicht im Interesse unserer Öffentlichkeit sei. Wieder verfehlten durch alle Vorinstanzen die Gerichte die Anwendung des Internationalen Rechtes (Völkerrecht) und verweigerten die Zeugenanhörung der Rechtsexperten, z.B. der Internationalen Rechtserxpertin Anabel Dwyer (USA, Adjunct Professor of Human Rights and Humanitarian Law at T. M. Cooley Law School). Und das obwohl das Internationale Recht unserem deutschen Recht übergeordnet ist. Im April beantwortete das BVerfG unsere Beschwerde, weil es diese nicht annehmen wollte und begründete die Ablehnung nicht einmal. Damit haben wir alle nationalen rechtlichen

Schritte ausgeschöpft, sodass wir jetzt ein halbes Jahr Zeit haben uns auf eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorzubereiten.

Ostermarsch

Am 5. April nahm ich am Ostermarsch in Büchel teil, verteilte unseren Aufruf zur Menschenkette und informierte über die geplanten Proteste in diesem Sommer. Die SWR-Nachrichten machten ein Interview mit mir und benannten darin auch die Bundesverfassungsbeschwerde (hier anzusehen): https://pdodswr-a.akamaihd.net/swr/swraktuell/rp/tv/1439720.l.mp4

Webinar „Sind Atomwaffen illegal?"

Da es in der Friedensbewegung Fragen zur rechtlichen Situation der US-Atomwaffen in Deutschland gibt, ob diese denn tatsächlich auch ohne den Verbotsvertrag hier illegal seien, fand hierzu am 26. Mai das Webinar mit einigen Vorstandsmitgliedern der Organisation der Internationalen AnwältInnen gegen Atomwaffen (IALANA) statt: Bernd Hahnfeld, Manfred Mohr, Volkert Ohm, Amela Skiljan diskutierten den Rechtsrahmen von Besitz, Einsatz und Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen sowie Nukleare Teilhabe.

Die Video-Aufzeichnung findet Ihr hier:

Video: *https://youtu.be/7Nec-Dez0Ys,*

sowie die ppt-Folie: *www.ialana.de/images/Sind_Atomwaffen_illegal_ppt_Stand_26_5_2021.pdf*

AG-Büchel: Menschenkette und Ausstellung

In unserer Kampagnen AG erarbeiten wir weiter die Austellung zu „25 Jahre Proteste in Büchel", die zum Kirchlichen Aktionstag aufgebaut werden soll. Am 3. Juli dürfen bis zu 300 Menschen an der Predigt des Mainzer Bischofs Peter Kohlgraf am Büchler Haupttor teilnehmen. Anmeldung bei: Horst-Peter Rauguth *hp.rauguth@paxchristi.de*

Damit aber auch außerhalb der Eifel dieser Gottesdienst verfolgt werden kann, ist ein Livestream vorgesehen. Zudem soll der Gottesdienst anschließend ebenso wie die eigentlich für den Aktionstag in Büchel vorgesehenen Kultur- und Redebeiträge in drei kurzen Videos im Netz zu sehen sein. Zugänge sind über einen Link auf der Internetseite zu finden: www.kirchengegenatomwaffen.wordpress.com möglich.

Die Menschenkette wurde von Beate Körsgen und mir auf der Jahrestagung im Workshop vorgestellt. Den aktuellen Stand dazu findet Ihr auf S. 4.

Am 13. Juni berichteten die SWR Nachrichten über unseren anstehenden 25. Jahrestag der Proteste

in Büchel (16. Juni), während der Quattropax Mahnwache mit 30 Teilnehmenden am Bücheler Haupttor:

www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/25-jahre-proteste-gegen-atomwaffen-100.html

Im Kalender auf unserer Büchel-Webseite findet Ihr noch viele weitere Aktionen, die diesen Sommer geplant sind und an denen Ihr teilnehmen könnt:

https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/kalender/

Auch gab und gibt es weitere Prozesse von Aktionen in Büchel, über deren Inhalt und Ergebnisse wir auch auf der Webseite informieren:

https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/prozesse/

VB-Mitglied Elke Koller im Interview mit SWR (15. Juni), Foto: Marion Küpker

Jahrestagung 2021 – „Klimagerechtigkeit jetzt! – aktiv – gewaltfrei – revolutionär“

Hanno Paul gibt eine Übersicht

Nachdem für die Jahrestagung 2020 bereits das Thema Klimagerechtigkeit geplant war und diese wegen der Corona-Pandemie kurzfristig ausfallen musste, war klar, dass sie dieses Jahr auf jeden Fall stattfinden sollte.

Im Wissen darum, dass ein Präsenzrreffen nur eingeschränkt möglich sein würde, wurde sie als Hybridtagung in Bad Schüssenried geplant. Doch die verschärfte Pandemiesituation machte auch dies unmöglich, sodass sie nun als reine Online-Tagung stattfand, was aber mehr als 200 Menschen die Teilnahme ermöglichte.

Um eine barrierearme und datensichere Tagung zu ermöglichen, wurde auf die freie Software BigBlueButton bei einem deutschen Anbieter zurückgegriffen. Die Programmstruktur selbst orientierte sich weitestgehend an dem Programm früherer Jahrestagungen in Präsenz. Selbst morgendliches Yoga war möglich, Vorträge, Kleingruppenarbeit und spirituelle Impulse sowieso. Bei einem gemütlichen Abend gab es Freiraum für Begegnung und Gespräche und beim gemeinsamen Spielen wurde viel gelacht.

Inhaltlicher Schwerpunkt war die Klimakrise mit den Fragestellungen nach ihren Ursachen, ihren Auswirkungen und was dagegen zu tun sei. Sehr klar zeigte dabei Christiane Lohse in ihrem einführenden Vortrag auf, dass alle jetzt geplanten Anstrengungen zur Reduktion von Klimagasen weit davon entfernt sind, die von Deutschland im Pariser Klimaabkommen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, während Imeh Ituen in ihrem Vortrag die gemeinsamen Wurzeln von Kolonialismus, Rassismus und Umweltzerstörung erörterte und eine Gerechtigkeit für alle Menschen und alle Wesen dieser Erde einforderte. (Der Vortrag von Anika Schroeder „Klimagerechtigkeit konkret: Armuts- und Klimakrise gemeinsam überwinden“ musste leider krankheitsbedingt ausfallen und wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.)

Zwei weitere wichtige Punkte waren ein Austausch über den Umgang mit Verschwörungserzählungen (mit einordnenden Impulsen von Bernadette Akva und einem Fachvortrag von Christine Böckmann mit Ideen zum Umgang) und eine Arbeitsgruppe, die eine Resolution zur Eskalation der Gewalt im Nahen Osten erarbeitete, die dann in die anschließende Mitgliederversammlung eingebracht und von ihr verabschiedet werden konnte.

Bewegend war auch die Anwesenheit vieler internationaler Gäste, die die Chance nutzen konnten, ohne Reiseaufwand an dieser Tagung teilzunehmen und ihre Perspektiven einzubringen.

Auf den folgenden Seiten haben wir Beiträge aus dieser Tagung gesammelt. Auch auf https://www.versoehnungsbund.de/aktiv/jt21-bericht sind Beiträge und auch Streaming-Aufzeichnungen einzelner Veranstaltung zu finden.

„Klimagerechtigkeit jetzt! – aktiv – gewaltfrei – revolutionär“

Gedanken von Ullrich Hahn zur Eröffnung der Jahrestagung

1. Das Thema „Klima“ und seine Erhaltung ist uns im Versöhnungsbund nicht neu. Vor 44 Jahren war das Thema der damaligen Jahrestagung „Im Krieg gegen die Natur“. Hauptreferent war Ernst von Weizäcker. Angesprochen wurde die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts. Damals war die Studie des club of rome über die Grenzen des Wachstums 5 Jahre alt. Seit den 80-ziger Jahren war es dann in der ökumenischen Friedensbewegung üblich, vom Dreiklang „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ zu sprechen und die 3 Anliegen als komplementär (zusammenhängend) zu verstehen.

Auf der Jahrestagung 2007 war unser Thema „Kampf um Energiereserven – Verteilungsgerechtigkeit statt Militärkonzepte“ und erstmals hielt damals Christiane Lohse einen Vortrag über „Konsequenzen des Klimawandels“.

2013 schließlich bearbeiteten wir auf der Jahrestagung das Thema „Anders wirtschaften – welches Wachstum wollen wir?“ mit dem Hauptreferat von Nico Paech.

2. Neu ist nicht das Klima als Thema, aber neu ist, dass das Bewusstsein um die unaufhaltsam verrinnende Zeit für eine notwendige Umkehr inzwischen selbst bei der Politik und sogar beim Bundesverfassungsgericht angekommen ist. Tatsache bleibt, dass seit der Studie des club of rome 1972 alle wissen konnten, was nottut. Politik und Wirtschaft haben seither die Zerstörung der Lebensbedingungen künftiger Generationen bewusst in kauf genommen. In Ihrer Konsequenz erinnert dies an die andere Bedrohung der Menschheit durch die atomare Zerstörung der Erde – ebenfalls bewusst vorbereitet und geplant durch die Atommächte und unterstützt durch ihre jeweiligen Verbündeten, die – wie auch die Bundesrepublik – kein Interesse an einem Verbot der Atomwaffen haben, sondern gerne mitmachen möchten an der geplanten Menschheitsvernichtung. Diese Art von Politik nennt sich „nukleare Teilhabe“; eine Politik zur Klimazerstörung läuft unter dem Stichwort „Wirtschaftswachstum“. Die Brisanz beider Gefahren erlauben kein Hinausschieben auf 2030 oder 2040; nötig ist die Umkehr jetzt.

3. Neu ist in der öffentlichen Diskussion auch der Begriff der „Klimagerechtigkeit“. Diese innige Verbindung von Klima und Gerechtigkeit drückt zunächst aus, dass nicht alle Menschen gleich für die Zerstörung des Klimas verantwortlich und nicht alle gleich davon betroffen sind. Der Klimawandel trifft strukturbenachteiligte Menschen früher und schwerer und – wie eine oxfam – Studie vom letzten Jahr belegt – ist der reichere Teil der Bevölkerung in ungleich höherem Maße an der Klimazerstörung beteiligt als der ärmere Teil. Allein die 1 % der reichsten Menschen sollen für 15 % der zerstörerischen Einflüsse unmittelbar verantwortlich sein. Die beiden Fragen gehören zusammen: „Wie machen wir diese Gesellschaft überlebensfähig?“ und „wie machen wir sie im globalen Kontext gerecht?“ Dabei geht es nicht nur um eine Reduzierung des CO 2 Ausstoßes. Es geht vielmehr um die Umgestaltung der Wirtschaft, um neue Sozialstrukturen, die eine Abkehr vom Ziel eines ungebrochenen Wirtschaftswachstums möglich machen, auch wenn damit das Privateigentum zur Disposition steht. Art. 14 Abs.2 GG spricht davon, dass das private Eigentum verpflichtet; sein Gebrauch solle zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik hat dieser Artikel keine Rolle gespielt.

4. Was wir mit der Verwirklichung einer Klimagerechtigkeit wollen, ist – wenn wir es ernst nehmen – revolutionär. Eine Revolution ist aber nicht von der Regierung zu erwarten, von keiner Regierung. Revolutionen hören deshalb auch immer dann auf, wenn die Revolutionäre selbst an die Regierung gekommen sind. Jedenfalls ist dann von ihrer Revolution nichts Gutes mehr zu erwarten. Die menschliche Geschichte der Neuzeit ist voller Beispiele dafür. Revolution muss von unten kommen, aus der Zivilgesellschaft, aktiv und gewaltfrei. Sie kommt nicht überall zur gleichen Zeit und hat auch keinen zeitlichen Abschluss. Weil der Begriff der Revolution sehr geprägt war von der marxistischen Vorstellung einer notwendig kommenden Weltrevolution, hat Albert Camus den Begriff der „Revolte“ vorgezogen in seinem Buch „L’homme revolté, deutsch: “Der Mensch in der Revolte“. Camus meint, der Mensch, der nach Gerechtigkeit strebt, wird immer bereit sein zur Revolte, zum Aufbegehren gegen das Unrecht, egal ob es ihn oder andere trifft. Diese Art einer Revolution oder Revolte für Klima und Gerechtigkeit beginnt immer jetzt, mit uns, hoffentlich auch in Gemeinschaft mit vielen anderen.

Global Citizenship Education – Bildung für eine zukunftsfähige Weltgemeinschaft

Gregor Lang-Wojtasik berichtet aus der AG 3

Seit spätestens den 1970er Jahren ist fast alles bekannt, was im Anthropozän herausfordernd erscheint. Die Welt befindet sich in rasantem Wandel, der zu ihrer eigenen Zerstörung beiträgt. Wenn dies durch Menschen versursacht wurde, welchen Beitrag können Menschen dazu leisten, dass sich etwas für das gemeinsame Überleben auf dem Planeten verändert? Wie können sie zu Weltbürger*innen werden? Und welchen Beitrag kann dabei Bildung leisten? Es geht darum, eine der zentralen Herausforderungen pädagogisch-didaktischer Prozesse anzugehen; nämlich vom Wissen zum Handeln zu kommen.

In der Arbeitsgruppe (mit bis zu 12 Teilnehmenden) wurden die zentralen Herausforderungen der Weltgesellschaft skizziert und mit pädagogischen Fragen verbunden. Dieser Bogen wurde v.a. über die ‚epochaltypischen Schlüsselprobleme' (Wolfgang Klafki) und damit zusammenhängende Anregungen für ein neues Verständnis von Allgemeinbildung geschlagen. Die im Jahr 2015 verabschiedeten UN-Nachhaltigkeitsziele bieten in 17 Ober- und 169 Unterzielen jene Orientierungen, die klare Handlungsoptionen für die Weltgemeinschaft mindestens bi 2030 aufzeigen. Die in der Präambel rahmenden fünf P's machen niedrigschwellig klar, worum es geht: People, Planet, Prosperity, Peace, Partnerschip. Bereits hier wird deutlich, dass das Ökologie- als Umweltthema nur ein Teil der umfassenden Agenda ist. Bei einem Blick in den vierten Zielbereich ‚Quality Education for all' wird der Bogen zu den langen Forderungen der UNESCO umfassender Grundbildung und lebenslangen Lernens geschlagen.

Bildungspolitisch liegt auch in Deutschland mittlerweile eine Menge vor. Bei alledem geht es darum, wie Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Globales Lernen, Interkulturelle Pädagogik, Friedens- und Menschenrechtspädagogik als Global Citizenship Education (GCED) umfassende Würdigung im Bildungsalltag bekommen. In der AG wurden exemplarisch konzeptionelle, didaktische und professionsbezogene Fragen angesprochen. Deutlich wurde, dass Menschen zum Lernen angeregt werden können, um sich mündig in der Welt mit anderen zu verhalten. Dazu braucht es professionelle Kräfte, die als Global Facilitator in verschiedenen Bildungseinrichtungen aktiv sind. Ein jüngst entwickeltes Kompetenzmodell in der zweiten Phase der Lehrendenbildung in Baden-Württemberg bietet fünf Orientierungspunkte für einen Whole Institution Approach. Damit wird in UNESCO-Tradition die Notwendigkeit eines bestärkten pädagogischen Ethos unterstrichen: Wissen lernen, Lehren und Lernen lernen, Handeln lernen, Sein lernen, Kooperation lernen (*https://www.wia.epiz.de/files/wia/weitere%20Materialien/WIA-Mindmap-Faltblatt-Kompetenzen-Einzelseiten.pdf*)

Vertiefungsmöglichkeiten:

Lang-Wojtasik, G. & Klemm, U. (Hrsg.). (2017). Handlexikon Globales Lernen (2. Aufl.). Ulm: Klemm & Oelschläger.

Lang-Wojtasik, G. (Hrsg.). (2019). Bildung für eine Welt in Transformation. Global Citizenship Education als Chance für die Weltgesellschaft. Opladen et al: Barbara Budrich.

Lang-Wojtasik, G. (2019). Weltbürger*innen und große Transformation. Global Citizenship Education als transformativer Friedensauftrag. pax_zeit, 2, 4–7.

Lang-Wojtasik, G. (2020). Bildung für Nachhaltigkeit und oder nachhaltiges Lernen? Erziehungswissenschaftliche Überlegungen für Global Citizenship Education. In G. Bade, N. Henkel & B. Reef (Hrsg.), Politische Bildung: vielfältig – kontrovers – global. Frankfurt/M.: Wochenschau, 181–203.

Konsumismus und die Folgen

Omar Mani und Heike Holz berichten aus der Arbeitsgruppe 9

Kennen Sie eigentlich ihren ökologischen Fußabdruck?

Wie viele Planeten müsste es geben, wenn alle Menschen so leben und konsumieren wie Sie? (Das können Sie gerne unter folgendem Link selbst herausfinden: *https://www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinden/material/oekologischer-fussabdruck/*)

Mit dieser Frage haben wir uns in der Arbeitsgruppe (AG) 9 beschäftigt. Die jungen Referent*innen haben über die Müllproblematik in ihrem Stadtteil Heerstraße Nord in Berlin

Spandau gesprochen und Beispiele gezeigt, wie sie mit kreativen Projekten der Problematik entgegenwirken, die aufgrund des Konsumismus in diesem Gebiet entstehen.

Ein Beispiel: Der Abstimmaschenbecher: Ein Aschenbecher, wo regelmäßig eine aktuelle Frage zu stadtteilbezogenen Themen gestellt wird und der daher gerne genutzt wird

(Anschließend wird aus diesen Kippen gemeinsam mit einer Künstlerin und den Jugendlichen aus Staaken eine Ausstellung mit verschiedenen Kunstwerken geschaffen.)

Eine andere Idee mit Müll umzugehen ist es, noch etwas draus zu machen bzw. fertigen. Gemeinsam haben wir dann ein Portemonnaie aus alten Milchverpackungen gefertigt.

Eine weitere Idee ist das Projekt StaakenZone. Regionale Kunsthandwerker schließen sich zusammen, nutzen leere Ladenflächen und verkaufen ihre Produkte im Stadtteil. Fair hergestellt und ohne lange Transportwege landet die Ware beim Kunden.

Fazit: Der Workshop lebte von seinen Referent*innen, jungen Menschen, die sich für ihr Viertel einsetzen und Probleme anpacken.

Zusammenhänge zwischen Umwelt und Frieden

Achim Schmitz berichtet aus dem Diskussionsforum: „Klima, Frieden, Bildung“

Die zentrale Fragestellung des Diskussionsforums „Klima, Frieden, Bildung“ lautete: Was kann in der Klimakrise Friedensbildung ausrichten? Langjährige Friedens-Aktive tauschten sich über Zusammenhänge zwischen Umwelt und Frieden mit Schwerpunkt auf Klimaschutz aus. Unser Fokus lag mehr auf inhaltlichen Grundlagen als auf konkreten pädagogischen Konzepten. Schwerpunktmäßig reflektierten wir Zusammenhänge und Hindernisse, um diese in der Bewegungsarbeit umzusetzen.

Einem von Bernhard Trautvetter mitinitiiertem „Appell für das Zusammenwirken der sozialen Bewegungen gegen die Zerstörung der Erde“ von 2019 (https://essenart.de/wp-content/uploads/2021/01/Appell.pdf) zufolge wird die Rettung der Erde nur „mit Abrüstung, mit einer internationalen Friedensordnung, mit Verhandlungen statt Erpressung, Sanktionen und Krieg sowie mit einer Sozialpolitik und ökologischer Kooperation statt in Konkurrenz möglich sein.“

Das von der Evangelischen Landeskirche in Baden eingebrachte Konzept „Sicherheit neu denken“, ein Szenario zum Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung, greift Forderungen der Bewegung „Fridays for Future“ auf: https://www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/.

Zusammenhänge werden auch hier deutlich: „Klimawandel erzeugt weltweit neue Konfliktherde, während die Aufrüstung Öl ins Feuer gießt und die Umwelt belastet. […] Gelingt es nicht, den Klimawandel als Fluchtursache einzudämmen, entstehen weitere Gefahren für den Frieden.“ (Jürgen Scheffran: Drei Fragen zum Frieden. In: Movum. Heft 26, 16/2019, S. 2) Die Bundestagsabgeordnete Kathrin Vogler weist darauf hin, „dass Krieg immer mit schwerster Umweltzerstörung einhergeht und das Militär selbst einer der größten Klimakiller ist. Allein das US-Militär verbraucht mehr fossile Energieträger als ganz

Afrika.“ (Kathrin Vogler: Drei Fragen zum Frieden. In: Movum. Heft 26, 16/2019, S. 2) Es gibt also viele Gründe, gegen Militär zu sein.

Einzelne Videos zu (durch Corona verhinderten) Ostermärschen 2020 und Aktionen von „Fridays for Future“ lockerten unseren Austausch etwas auf.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kommt uns gerade recht, „dass die Regelungen des Klimaschutzgesetzes vom 12. Dezember 2019 (Klimaschutzgesetz <KSG>) über die nationalen Klimaschutzziele und die bis zum Jahr 2030 zulässigen Jahresemissionsmengen insofern mit Grundrechten unvereinbar sind, als hinreichende Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen. „ (Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung, 29. April 2021: *https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html;jsessionid=39CB3C7E1C749D059DA251D5AAEBC575.1_cid386*)

Hans-Josef Fell (ehemals MdB, Präsident der Energy Watch Group) sieht gewaltfreien zivilen Ungehorsam verstärkt als gesellschaftliche Notwendigkeit an und bezieht sich dabei auf „jüngere Aktivist*innen von Extinction Rebellion, Fridays for Future, Ende Gelände und Danni bleibt“ (gegen die Rodung des Dannenröder Waldes): https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/013584.html

Fell schreibt weiter: „Mit diesem heutigen Verfassungsgerichtsurteil wird es zukünftig wahrscheinlicher, dass Gerichte die Notwendigkeit des zivilen Ungehorsams für rechtmäßig halten, da offensichtlich die bestehenden Gesetze nicht geeignet sind, um die jüngere Generation vor den Auswirkungen der Erdüberhitzung wie auch vor starken Einschränkungen der eigenen Freiheitsrechte zu schützen.“

Eine Kooperation des Versöhnungsbundes mit Klima-Aktivist*innen könnte ein gutes Beispiel für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Friedens- und Umweltbewegungen sein. Umwelt- und Klimaschutz ist somit ein wichtiges Thema für Friedens- und Umweltbildung, nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch, um Fluchtursachen zumindest zu verringern, um der auch umweltschädlichen Militarisierung entgegenzutreten und Gefahren für den Frieden zu verhindern.

Wie gestalten wir unsere Gesellschaft im globalen Kontext gerecht?

Statement des deutschen Versöhnungsbundes zum IFOR-internen Webinar CLIMATE CATASTROPHE - Injustice, Crisis and War am 29. Mai 2021, von Christiane Lohse

Als Deutscher Versöhnungsbund sind wir uns der Tragweite des bereits weit fortgeschrittenen Klimawandels und der ökologischen Katastrophe bewusst. Wir sehen, dass die Folgen des Klimawandels weniger die Hauptverursacher:innen treffen, sondern vielmehr die Lebensgrundlagen der Deprivilegierten, der Länder Südeuropas, Afrikas, Asiens, Mittel- und Südamerikas sowie künftiger Generationen zerstören. Wir sehen, dass die Kluft zwischen Reichen und Armen sich weiter vertieft und der Frieden massiv bedroht ist. Wir wissen, dass insbesondere die reichen Industrieländer mit ihrer politischen Machtausübung und der Ideologie des Wirtschaftswachstums diese heute sehr ernste und ungerechte Situation herbeigeführt haben und in der Verantwortung für substantielle Lösungsbeiträge stehen.

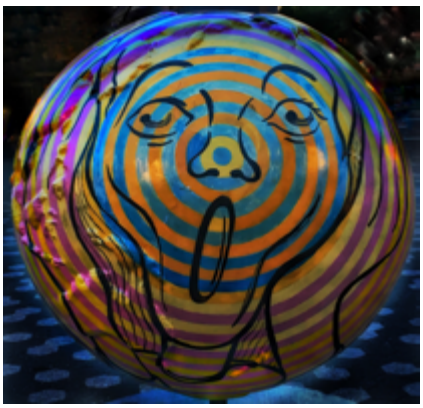
Anlässlich unserer Jahrestagung im Mai 2021 haben wir Mitglieder des Deutschen Versöhnungsbundes uns zwei zentrale Fragen gestellt:

„Wie machen wir unsere deutsche Gesellschaft überlebensfähig?“ und

„Wie gestalten wir unsere Gesellschaft im globalen Kontext gerecht?“

Wir haben konkrete Schritte diskutiert:

Wie wir in Deutschland den persönlichen Konsum und den Ressourcenverbrauch signifikant reduzieren



können und uns damit gegen die Wachstumsideologie stellen; wie wir weniger Ressourcen und Energie effizient nutzen und die Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Energie umstellen können und wie wir neue Sozialstrukturen und neue

klimagerechte und sozialgerechte Formen gemeinschaftlichen Lebens etablieren können.

Diese Wege wollen wir als Versöhnungsbund aktiv und gewaltfrei beschreiten. Damit stellen wir uns klar der kapitalistischen Wirtschafts- und Wachstumsideologie entgegen, die unvereinbar ist mit dem Ziel der Klimagerechtigkeit.

Die für Deutschland als wirksam angenommenen Maßnahmen müssen nicht unbedingt für andere Länder richtig sein. Wir hoffen aber, hilfreiche Beispiele erarbeiten und anbieten zu können.

Wir sind uns einig, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht lösungs- und zukunftsweisend ist, wenn Geber:innen Kapitalerträge erwarten, die ihrer eigenen Wirtschaft zugute kommen oder wenn damit postkoloniale Strukturen reproduziert werden. Stattdessen brauchen wir einen Strukturwandel und eine gerechte Partnerschaft von Gleichen auf Augenhöhe.

Im Rahmen der IFOR-Initiativen ist es uns primär wichtig, den am meisten Verwundbaren und Betroffenen Raum für eigene Ansätze zur Krisenbewältigung zu geben und ihren IFOR-Mitgliedern aufmerksam zuzuhören, ohne mit unseren Ratschlägen zu kommen.

Denn wir haben gelernt: Klimagerechtigkeit ist nicht ohne die Dekonstruktion (post-)kolonialer Strukturen möglich und muss antirassistisch sein.

Wir werden die Vorschläge unvoreingenommen und wertschätzend aufgreifen und in Deutschland bekannt machen. Wir werden in Deutschland angemessene Maßnahmen und Unterstützung einfordern, von uns selbst und den Menschen, die in unserem Land politisch Verantwortung tragen.

Dieses Statement und eine Version auf Englisch ist auch auf der Homepage

https://versoehnungsbund.de/2021-06-17-stellungnahme
zu finden.

Regelmäßige Termine

„Talk am Sonntagabend“, immer am letzten Sonntag im Monat um 17 Uhr.

Sendereihe **„Friedensfragen mit Clemens Ronnefeldt“** bei Transparenz TV, jeweils Mittwochs um 20:30 Uhr *https://www.versoehnungsbund.de/aktiv/friedensfragen*

Vorbereitungstreffen für die JT22 am 11.9.2021

Alle, die die Jahrestagung 2022 mitplanen wollen, sind herzlich eingeladen an dem Tag ins Ökohaus nach Frankfurt zu kommen. Das Vorbereitungstreffen findet zwischen 11 und 16 Uhr statt. Bei Interesse bitte an die Geschäftsstelle wenden.

Arbeitstitel Tagungsthema: *„Revolution für das Leben – der Beitrag der sozialen & politischen Bewegungen zur Transformation der Gesellschaft“*

“We shall overcome!“ - Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht

am 16. Oktober 2021 in Gammertingen

Drei biographische Zugänge: Karen Hinrichs, Thomas Gebauer und Klaus Pfisterer

https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/013623.html

VB Präsenztag am 17.10.2021

von 11-17 Uhr im Anthroposophischen Zentrum in Kassel

„KLIMAGERECHTIGKEIT JETZT! - aktiv - gewaltfrei - revolutionär“ - Fortsetzung unserer Tagung, jetzt in Präsenz! Neben dem Vortrag „Klimagerechtigkeit konkret: Armuts- und Klimakrise gemeinsam überwinden“ von Anika Schroeder (Misereor) wird es auch verschiedene Arbeitsgruppen geben. Weitere Informationen folgen.

Akademietagung „Weltinnenpolitik und Weltpolizei“

Vom 22. bis 24.9.2021 in Bad Herrenalb,

unter Mitwirkung der VB-Mitglieder Ullrich Hahn, Karen Hinrichs, Thomas Nauerth und Theodor Ziegler

https://www.ev-akademie-baden.de/media/download/integration/362843/weltinnenpolitik-und-internationale-polizei.pdf

12. Internationale Öffentliche Fastenaktion bis zum Abzug der Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Deutschland (Büchel) vom 25. Juli bis 9. August

Pfarrer Matthias Engelke lädt ein:

In Deutschland lagern immer noch Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Bundesregierung hält an der so genannten Nuklearen Teilhabe fest,

- obwohl sich mehr als 90% der Bevölkerung dagegen aussprechen,
- obwohl sich die Bundesregierung mit dem Nicht-Verbreitungsvertrag verpflichtet hat, nicht in den Besitz von Atomwaffen zu kommen,
- obwohl eine Anwendung von Atomwaffen unter Beachtung des Kriegsvölkerrechts definitiv nicht möglich ist, so befand der Internationale Gerichtshofin Den Haag, IGH, am 8. Juli 1996,
- obwohl seit Januar dieses Jahres der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten ist,
- obwohl dies dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag für die Wiedervereinigung widerspricht.

Damit sich mehr Bürgerinnen und Bürger damit auseinandersetzen, findet in diesem Jahr die „12. Internationale Öffentliche Fastenaktion bis zum Abzug der Atomwaffen der USA aus Deutschland“ statt.

Solange die Atomwaffen immer noch in Deutschland lagern, wird jedes Jahr ein Tag länger gefastet. In diesem Jahr beginnt die Fastenaktion am 25. Juli. Träger der Fastenaktion ist die Regionalgruppe des Internationalen Versöhnungsbundes Cochem-Zell/Initiativkreis gegen Atomwaffen in Zusammenarbeit mit dem Friedensforum Emden und der VB- Regionalgruppe Köln und anderen. Die Dauerfastenden in diesem Jahr sind Lothar Eberhardt, Berlin und Pfarrer Dr. Matthias-W. Engelke, Köln. Wer ganz oder teilweise mitfasten möchte ist herzlich dazu eingeladen dies unter:
distelwenk@gmail.com anzugeben, wir veröffentlichen es auf der Webseite der Fastenkampagne.

Die Aktion startet mit einem Gottesdienst am 25. Juli in Emden. Die Fastenzelte stehen im Stadtpark bis zum 27. Juli. Sie werden am 28. Juli abgebaut und ziehen zu einer Dauermahnwache vom 29. bis 31. Juli nach Köln-Longerich vor das Personalamt der Bundeswehr, Militärringstraße Köln-Longerich.

Nach einem Friedensgottesdienst am Sonntag, den 1. August 10:45 Uhr in der Immanuelkirche zu Köln-Longerich geht es vom 2.-4. August nach Köln-Wahn vor das Luftwaffenamt der Bundeswehr.

Am 6. August, dem Hiroshimatag, beteiligen sich die Aktionsteilnehmenden an der Hiroshima-Gedenkfeier auf dem Roncalli-Platz in Köln.

Vom 8. bis 9. August lädt die Fastenkampagne zum 24-stündigen Dauergebet und zu weiteren Aktionen vor dem Atomwaffenlager Büchel ein.

Interessenten melden sich bitte bei Matthias-W. Engelke, Hildengasse 6, 50769 Köln-Merkenich,
0157-87 313 098, *distelwenk@gmail.com*

Weitere Informationen zur Fastenaktion unter „fastenkampagne.blogspot.de“

„Wie machen wir die Welt, wie sie uns gefällt?“

Begegnungstage zum Jahreswechsel:
28.12.2021–01.01.2022 auf Burg Bodenstein

Begegnung – ganz analog inmitten wunderschöner Umgebung – darauf freuen wir uns: Begegnung von Familien und Alleinstehenden, von jung und alt, von Bildungsarbeit, Friedensarbeit und ökologischer Arbeit – das wollen wir vielfältig erleben und gestalten. Zwei Fragen leiten uns durch diese Tage: Wie gefällt uns diese Welt? Wie gestalten wir die Welt so, dass sie uns (noch besser) gefällt. Es ist ja doch die einzige Welt, die wir haben.

Die Begegnungstage werden gemeinsam geplant und gestaltet vom Versöhnungsbund (*www.versoehnungsbund.de*), der Ökumenischen Initiative Eine Welt (*www.oeiew.de*) und der Familienbildungsstätte Burg Bodenstein.

Weitere Informationen zu der Planung und den Kosten *https://www.burg-bodenstein.de/familienangebote/*

Jenseits von Corona und Lock-Down – da treffen wir uns!

Die Arbeitsgruppe Gewaltfreie Kommunikation hat sich auf der Jahrestagung ausgetauscht, wie Corona gerade unser Leben betrifft. Julia Lang nennt die Gedanken.

In diesen Zeiten ist vieles herausfordernd. Jeden Tag kommen neue Zahlen, Berichte, Einschätzungen und wir alle werden nahezu überflutet von Corona. Egal, ob Familienmitglieder erkrankt sind oder waren, so sind wir doch alle 100% betroffen. Manche Menschen führen ein zurückgezogenes Leben und andere sind in tiefem Schmerz, weil sie liebe Menschen verloren haben und sich weder verabschieden noch die Menschen würdig beerdigen konnten. Wieder andere trauern, weil sie ihre Freiheit vermissen. Und die Gesellschaft polarisiert immer mehr. Es gibt diejenigen, die das Virus ernst nehmen, die Maßnahmen der Regierung befürworten und diejenigen, die es verleugnen, Verschwörungstheorien anhängen. Neben der Trauer über die Einschränkungen unserer Freiheit kommt dann noch die Trauer über diese Veränderungen in der Gesellschaft. Plötzlich können wir keine Übereinstimmung mehr finden mit Menschen, denen wir uns vielleicht ganz nahe gefühlt haben.

Mit all diesen Veränderungen umzugehen ist nicht gerade einfach. Und wieder hilft mir die Gewaltfreie Kommunikation, die Menschen mit ihren Gefühlen und Bedürfnissen zu sehen. Es gibt nicht die Verschwörungstheoretiker und die Querdenker, sondern es gibt viele Menschen, deren Leben in unterschiedlicher Art betroffen sind. Menschen, die wütend sind und enttäuscht, weil sie sich Freiheit und Klarheit wünschen. Menschen, die verwirrt sind, denen Planbarkeit fehlt. Und es gibt so viele Menschen, die voller Angst sind, Angst um ihre Gesundheit, um ihr Leben und das ihrer Liebsten. Es gibt Menschen, die wollen dringend geimpft werden, weil sich für sie Gesundheit und Freiheit erfüllt und es gibt Menschen, die wollen auf keinen Fall geimpft werden, weil sich für sie dadurch Gesundheit und Freiheit erfüllt. Hier wieder in ein Miteinander zu finden, ist wirklich nicht leicht und meines Erachtens nur möglich, wenn wir uns aufmachen, wieder die Bedürfnisse sehen zu wollen, die hinter jedem Handeln stehen.

In der Arbeitsgruppe Gewaltfreie Kommunikation haben wir genau das in einer kleinen, sehr intensiven und persönlichen Runde gemacht. Wir haben miteinander geteilt, wie Corona gerade unser Leben betrifft.

Wir haben gemeinsam getrauert und festgestellt, dass es schön ist, Trauer zuzulassen, auch wenn es anderen vielleicht noch schlechter geht. Trauer von jemand anderem empathisch aufzunehmen, Raum für diese Trauer zu lassen, ohne einen Ratschlag zu geben oder es versuchen zu relativieren, kann ein sehr großes Geschenk sein. Sich zugestehen, dass ich hier und jetzt trauern kann und darf, obwohl es anderen Menschen noch viel schlechter geht, ist Achtsamkeit. Die Trauer kann dann gelebt werden, verändert sich und wir werden frei, anderen zu begegnen ohne verdrängte Gefühle, die wir uns nicht zugestehen wollen.

Wir haben uns gemeinsam darüber gefreut, in wie weit die Corona-Maßnahmen unser Leben auch bereichern, z.B. mit mehr Achtsamkeit, mehr Wertschätzung für scheinbar und vermeintlich selbstverständliche Dinge, mehr Ruhe und innere Ordnung. Wir haben Wertschätzung für eine Teilnehmerin ausgedrückt, die viel beigetragen hat für das Gelingen der Tagung und es ermöglicht hat, dass Verbindung entstand, auch wenn wir uns nicht in Präsenz treffen konnten.

Für mich war es ein sehr intensiver und reicher Nachmittag, an dem wir gemeinsam gelacht und geweint haben ganz im Sinne von M. Rosenberg, der folgendes gesagt hat:

Der Sinn in unserem Leben ist, all unser Lachen zu lachen und all unsere Tränen zu weinen.

Aus Haßtraum und Blutrausch
Erwachend, blind noch und taub
Vom Blitz und tödlichen Lärm des Krieges,
Alles Grauenhaften gewohnt,
Lassen von ihren Waffen,
Von ihrem furchtbaren Tagwerk
Die ermüdeten Krieger.

„Friede!“ tönt es
Wie aus einem Märchen, aus Kinderträumen her.
„Friede.“ Und kaum zu freuen
Wagt sich das Herz, ihm sind näher die Tränen.

Arme Menschen wir,
So des Guten wie Bösen fähig,
Tiere und Götter. Wie drückt das Weh,
Drückt die Scham uns heute zu Boden.

Aber wir hoffen. Und in der Brust
Lebt uns glühende Ahnung
Von den Wundern der Liebe.
Brüder! Uns steht zum Geiste,
Steht zur Liebe die Heimkehr
Und zu allen verlorenen
Paradiesen die Pforte offen.

Wollet! Hoffet! Liebet!
Und die Erde gehört euch wieder.

(Hermann Hesse)

Aus dem Lebenshaus-Newsletter vom 26. Juni 2021, zur Erinnerung, dass vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, Deutschland die Sowjetunion überfallen und sein Völkermord-Unternehmen „Barbarossa“ in die Tat umgesetzt hat.